

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsort: Gebr. Henrich, Dresden
und Sächsische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle
30 Pf., die 30 mm breite Kompositionelle 1,50 M., für auswärts An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangelegen-
heiten 40 Proz. Rabatt. Für Briefbeantwortung 10 Pf.

Nr. 125

Dresden, Mittwoch den 2. Juni 1926

37. Jahrg.

Auf die Straße!

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Der Sieg des Volkseutendoms wäre nicht nur
wichtig, sondern leicht, wenn wir die Wahrheit über seine
Bedeutung überall an die Massen herantragen könn-
ten. Auf unserer Seite ist das Recht eines Volkes in höch-
ster Not, aber auf der andern sind ungleich größere Ge-
fahren. Und die weitestgehenden Leistungen, ist die Möglich-
keit einer Volkseutendung in höchstem Ausmaß. Auf eine
Zeitung für den Volkseutend kommen 30 oder 40 für die
Führer.

Wir müssen an die Schichten heran, die täglich von
unsern politischen Gegnern und der kapitalistischen
„parteilosen“ Presse geistig betäubt werden.

Es ist hohe Zeit, daß wir für unsere Verbündeten neue
Waffen finden, die laut und wirkungsvoll genug sind, uns
überwiegend im Lande Gehör zu verschaffen.

Das storniert unsere Verbündeten sind noch immer die
öffentlichen Versammlungen. Es ist aber häufig so,
daß nur dann, wenn die politische Erregung sehr hoch
steht oder ein sehr bekannter Redner angeführt wird,
der Versuch über unsere Wähler hinausgreift. Oft genug
werden wir vor Leuten, die weder Belehrung, noch unsere
Aufmunterung nötig haben. Die große Zahl derjenigen
wächst, die den Anblick eines Fußballkampfes, eines Wett-
laufs der Rede auch des gelehrtesten politischen Führers
vorziehen. Und die Jugend, der Nachwuchs? Alle politi-
schen Parteien ziehen nur winzige Teile des Jungvolkes
an. Die Zwanzigjährigen, die fünfundschwanzigjährigen sind
auf den Spielplätzen und nicht in den politischen Kämpfen.
Die Namen der parlamentarischen Wortkünstler sind ihnen
fremd. Nur die Kraft, die Gewandtheit, die Geistesgeschwindigkeit
der Kämpfer des Sports begeistert sie noch.

Gehen wir aus den Sälen zum Volk hinaus!

Die Arbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten gemein-
sam, haben Sportvereine mit großen Mitgliederzahlen
und ausgezeichneten Leistungen. Bis in kleine Dörfer reicht
die proletarische Sportbewegung. Zahllose Klubs, die in
der geistigen, politischen Arbeit nicht zu haben sind, gehören
mit voller Eingebe unsern Turn- und Sportvereinen.

Wo bleibt die Mobilisierung des Arbeiters für den
Volkseutend gegen die Fürsten?

Drei- und viermal sind doch beide Arbeiterparteien geeint und Zurück-
haltung ist daher nicht vorzuziehen. In den Abenden, an den
Sonntagen sind Aufmärsche, Vorführungen, Reigen, Sport-
spiele möglich, in deren Mitte eine kurze Ansprache über den
Volkseutend an die herbeigeströmten Neugierigen andre
und oft mehr Menschen erreichen wird, als eine öffentliche
Versammlung.

Wir haben gute Arbeitergesangsvereine,
Mandolinclubs, Bläserchöre, Musikvereine. Warum schwei-
gen sie, wenn lauter denn je unsere Lieder ertönen, unsere
Märche schmettern sollen? Auf den Dorfplätzen, auf den
Märkten, in den Höfen, in den Schrebergärten, vor den
Denkmälern der Gefallenen — überall ist Raum für ein
Volkseutend unter roten und schwarzrotgoldenen
Fahnen, das Hunderte und Tausende Zuhörer anziehen wird,
die auch eine politische Rede in Kauf nehmen werden, und
wenn ein Gut zum Sammeln rund geht, werden gewiß die
meisten noch etwas für unsere Volkseutend übrig haben.

Unsere Jugend singt und spielt und tanzt. Sie
hat das Volkseutend und die Volkseutend wieder entdeckt. Wer
wacht es von den verstaubten Spielern, von den Wirtshaus-
besuchern, von den vergämten Alten? Heraus, unsere Jugend,
in die volkreichsten Stadteile, und zeigt, was ihr konnt!
„Die Fahne, die rote, voran...“ Und Schilder mit
Kernworten für das Volk gegen die Fürsten und Banner
und Helden und Lieder.

„Trommelt Reveille mit Jugendkraft, das ist die ganze
Wissenschaft.“

Uns stehen Wagen, Autos zur Verfügung oder
nach dem Willen unserer Sache zu leihen. Für den
Volkseutend wird mancher sein Gefährt hergeben, der es
bei politischen Wahlen nicht tut. Nützen wir diese
Wagen mit Fahnenmast, mit Bildern, mit Plakaten, mit
Karten oder farbigen Figuren aus. Die Menschen sind so
leicht, wenn sie etwas sehen, noch mehr wenn sie lachen
dürfen. Was fordert mehr zum Gelächter heraus, als die
entsetzten Zeremonien und Auguste, die standesgemäß für
Millionen Millionen wollen, und ihre politischen Feinde-
wörter, die dem armen Volke der Welt einreden, es müßte
Geld und Silber hungern lassen, damit niemals erbliche
Anicht eines Prinzen Jünger frümme — im Namen Christi,
des Zimmermanns von Nazareth, und seiner proletarischen
Jünger?

Die Erwerbslosen, die Frauen, die Kriegswitwen,

aber vor allem, die Abgehängten, die Abgewerke-
ten, die Ruinierten — heraus in langen Sägen! Die
Kriegswitwen und die Waisenkinder, die Heimgewandten und
die Millionen-Abgewandten, die erledigten Staatsopfer und
die Goldbesitzer der Jungfrauen — zeigt sie auf Straßen und
Plätzen in Bild und Wort den Gedächtniswachen, den
Gedächtnislosen. Wieder einmal müssen die Steine reden,
wenn die Straße stumm ist!

Und bei allen Veranstaltungen Flugzettel ins
Volk! Zeichnungen, Gedichte, Schlagzeilen, keine spalten-
langen Historien und Venerationen. Man liest nicht immer
doppelseitig bedruckte Flugblätter. Die Aufklärung muß
plötzlich vor die Menschen treten. Das ist diesmal leichter
als bei Wahlen, denn nur eine einzige klare Frage steht vor
dem Volk:

Fürsten oder Volk! Volkseutend oder Untertanenstaat!

Aber hören muß jeder Mann, jede Frau im Volke
diese Schlüsselfrage. Die letzte Gasse im Lande muß von
ihm wiederhallen. Dann wird die Arbeit kommen, die wir
brauchen:

Das „Ja“ der 20 Millionen

Die Reichsregierung hat den Mitgliedern des
Reichstags gestern die Vorlage zur Fürstenabfindung
übermittelt. Es handelt sich um den Gehaltentwurf, der be-
reits vor den Pfingstferien vom Reichsrat mit der ver-
fassungsmäßigen Mehrheit verabschiedet worden ist und
dessen Inhalt sich mit den Entwürfen, die im Rechtsausschuß
des Reichstags trotz wiederholter Verhandlungen keine Mehr-
heit fanden, deckt. Am Plenum des Reichstags dürfte er,
trotz irgendwelchen Änderungen, keine Mehrheit finden.
Die Regierung hat das Bedürfnis, sich davon noch vor
dem Volkseutend zu überzeugen.

Volksparteiliche Schwindelnummer

D. Berlin, 2. Juni. (Eig. Zuspruch.)

In der Schwärze zur Bekämpfung des Volkseutend
beteiligt sich auch außerst eifrig und regt die Deut-
sche Volkspartei als Vertreterin der Schwerindustrie.
So haben in den letzten Tagen zahlreiche wohlhabende Ber-
liner einen von dem Reichstagsabgeordneten v. Kardorff
unterzeichneten Brief der Volkspartei erhalten, in dem sie
sich auf ein Bittgeheiß des Generalsekretärs der Par-
tei vorbereiten werden. Die Angelegenheiten sollen

durch Zurverfügungstellung einer angemessenen
Summe die Grundfrage sichern helfen für die Abwehr
der kommunistisch-sozialistischen Forder-
ungen der rückwärtslosen Enteignung des Reiches.

Also auch die Volkspartei geht mit der Darstellung han-
dieren, als ob es sich bei der Enteignung der Fürsten um eine
allgemeine Enteignung des Reiches überhaupt handele.
Die Verlogenheit dieser Argumentierung, die sich
auch die Streikmann-Partei zu eigen macht, zeigt am besten.

Aus dieser deutschen Republik

Es wird untersucht — doch weiter nichts!

D. Berlin, 2. Juni.

Die Polizeiaktion der preussischen Regierung gegen die
Dutschpläne rechtsradikaler Verbände ergab u. a., daß stwi-
schen offiziellen Reichswehrstellen und dem so-
genannten Sportverein Olympia enge Verbin-
dungen bestanden. In der letzten Reichstagsitzung vor
den Pfingstferien, also am 19. Mai, mußte der stellvertre-
tende Reichswehrminister Dr. Kütz die Verbindungen be-
kräftigen und zugeben, daß bestimmte Reichswehroffiziere
sich vor der Einstellung neuer Mannschaften bei dem
Führer der „Olympia“ donach erkundigten, ob die völ-
kische Gefinnung der empfohlenen Verbandmit-
glieder auch wirklich einwandfrei sei. Der stellvertre-
tende Reichswehrminister kündigte gleichzeitig gegen die beauf-
tigten Offiziere eine strenge Untersuchung und rück-
sichtslose Maßnahmen an. Inzwischen sind 14 Tage ver-
strichen, ohne daß die Öffentlichkeit etwas von diesen
rückwärtslosen Maßnahmen vernommen hätte, und es scheint,
daß man auch in diesem Falle wieder so lange untersucht, bis
kein Mensch mehr an den Skandal denkt, um ihn dann
stillschweigend zu begraben.

Von dieser Taktik haben sich die offiziellen Reichswehr-
stellen bei Anschuldigungen gegen untergeordnete Reichs-
wehrangehörige nicht das erste Mal lassen. Es liegt ge-
wissermaßen System darin, im Falle irgendwelcher Anschul-
digungen „rückwärtslose Maßnahmen“ anzukündigen und
dann nichts zu tun. Infolgedessen kann die Erklärung des
Reichswehrministeriums, daß im Falle Konstan, wo zwei
Reichswehrsoldaten die republikanische
Fahne von einem Mast heruntergerissen
haben, eine strenge Untersuchung eingeleitet worden ist,
keineswegs befriedigen. Die Anschuldigungen gegen die
beiden Reichswehrsoldaten und ihre vorgesetzten
Offiziere, die, nach einwandfreien Zeugnissen, fort-
gesetzt Artikel der Reichspresse mit Verbindungen
der republikanischen Minister, am Samstagabend der
Kaserne angebracht haben, sind so glaubwürdig und
durch Beweise erhärtet, daß es die Pflicht des Reichswehr-
ministeriums ist, sofort einzugreifen und die be-

wie schlecht es um die Aussichten der Reichslisten be-
steht ist.

Der Westfälisch-Lippesche Wirtschafts-
bund macht in einem Rundschreiben an seine Mitglieder
gegen den Volkseutend mobil, den er in einer bedauerlich-
werten Begriffsverwirrung als „Gefahr der Sozial-
isierung, die wieder lebendig wird“ bezeichnet. Selbst-
verständlich liest er auch das alte Märchen auf, daß die
„Wirtschaft das nächste Opfer der Enteignungsgefahr“
sein würde. Es wird deshalb an die Mitglieder das dringende
Gebet gerichtet, „trotz der gedrückten Wirtschaftslage“ for-
fort „nennenswerte Beiträge zur Vertiefung zu
stellen“, um gegen den Volkseutend „eine einheitliche und
durchschlagende Propaganda zu ermöglichen“.

Wenn man die täglichen Zeremonien der deutschen Wirt-
schaft über ihre Not lehr und hört, könnte man des Glau-
bens sein, diese Wirtschaft würde jedes Mittel begriffen, um
Volkseutend als Basis für den neuen Aufbau
unser Wirtschaft beizubehalten. Wenn das gewisse
Freie aber nicht tun, sondern sogar noch erhebliche Beiträge
aufbringen, um die beschriebene Verplanung von Volkseutend
zu ermöglichen, dann muß es wirklich nicht
so schlecht um diese Wirtschaft stehen.

Sturz des sozialistischen Kabinetts in Schweden

Sk. Stockholm, 2. Juni. (Eig. Zuspruch.) Am Mitt-
woch fand in den beiden Kammern des schwedischen Reichstages
die Abstimmung über den Misbilligungsantrag der
bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Re-
gierung wegen ihrer Auslegung und Ausübung des Ver-
eidslosgesetzes (Stripskonflikt) statt. In der
zweiten Kammer, wo Staatsminister Sandberg in drei-
stündiger Rede die Auffassung des Kabinetts darlegte, unter-
lag die Regierung mit 104 gegen 114 Stimmen. In der
ersten Kammer, wo Innenminister Waller die Haltung der
Regierung verteidigt hatte, mit 50 gegen 81 Stimmen. Für die
Regierung haben nur die Sozialdemokraten gestimmt.
Das Kabinett wird heute zurücktreten. Mit der Neubildung
der Regierung wird wahrscheinlich der Führer der Freilinken,
Göman, beauftragt werden.

Der Konflikt ist sehr lehrreich. Die bürgerlichen Parteien
liehen sich das sozialdemokratische Kabinett so lange gefallen, wie es
nur rein politische Fragen entschied. Als es aber in einem Ar-
beitskonflikt zugunsten der Arbeiter eintrat, stürzten sie es.
Die Regierung hatte angekündigt, daß der bestreikten Strips
keine Arbeitslosen zugewiesen würden, da der Streit „all-
gemein“ sei, also die gesetzliche Bestimmung für die Herabhaltung
gegeben war. Die Bürgerlichen behaupten aber, der Streit sei
nicht „allgemein“, die Regierung habe nur zugunsten der Arbeiter
das Gesetz falsch ausgelegt. Also fort mit ihm! Die Bürgerlichen
werden nun auch dies sozial fortschrittliche Gesetz ändern. Für
die Arbeiter eine recht lehrreiche Entwicklung!

schuldigen Personen, mindestens bis zum Abschluß der
Untersuchung, vom Dienst zu disziplinieren bzw. zur Dis-
position zu stellen. Die Praxis, Untersuchungen an-
zukündigen, ohne daß man ein Ende findet, schafft in der
Reichswehr nicht die notwendige Disziplin, sondern ruft bei
den Soldaten und Offizieren den Eindruck hervor, daß sie sich
gegen die Republik jede Freiheit erlauben dürfen, ohne
auch nur im geringsten bestraft zu werden. Ebenso trägt der
Zustand dazu bei, daß vorgeleitete Dienstbehörden zur An-
richterfunktion über Bergenen untergeordneter Soldaten aufge-
fordert werden, an deren intellektueller Urheberhaft sie
zum großen Teil beteiligt sind und die sie im Inneren
ihres Herzens voll billigen.

Die republikanischen Parteien haben jedenfalls allen
Anlaß, sich nicht weiter mit leeren Erklärungen der Reichs-
wehrstellen abzugeben, sondern darauf zu drängen, daß end-
lich bei Beschuldigungen der Republik durch Reichswehrange-
hörige entschieden eingegriffen und das Ergebnis der
Untersuchung nicht den sich aus ihm ergebenden „rückwärts-
losen Maßnahmen“ der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird.
Der gegenwärtige Zustand ist einfach nicht länger zu er-
tragen.

In der Freiheit sind sie Meister

Die Langsamkeit der republikanischen Behörden wird
durch neue Freiheiten der rechtsradikalen
Verbände und ihrer Angehörigen kontrastiert.
Am Dienstag leistete sich der Oberstaatsanwalt
einmal eine solche Freiheit durch ein Schreiben an den
preussischen Minister des Innern, in dem er
verlangt, daß ihm Einblick in die seine Person betreffenden
Akten der politischen Polizei gewährt wird (ohne daß ich
Akten überhaupt bestehen) und der Minister gegen den
Hofessor Dr. Schmidt vom Polizeipräsidium ein Diszi-
plinarverfahren einleitet.

Wir nehmen an, daß der preussische Minister des In-
nern auf diesen Brief des Herrn Otag eine ähnliche Antwort
erteilen wird wie damals an den Staatsanwalt von
Lützow, als dieser für seinen Staatsstreik noch die Job-